

Lebensversicherer fördern Forschung

MÜNCHEN. Schon im dritten Jahr fördert der Verband der Lebensversicherer das in der Chirurgischen Klinik des Münchner Universitätsklinikums Großhadern laufende Projekt „Allogene Knochen transplantation am Menschen“. Dem Projektleiter, Dr. med. Dr. rer. nat. Günther Hofmann, wurde jetzt von der Dr.-Karl-Wilber-Stiftung des Verbandes ein Forschungsstipendium in Höhe von knapp 100 000 DM zur Verfügung gestellt. Hauptziel des Projektes ist es, die immunologischen und biologischen Voraussetzungen der Knochen- und Gelenktransplantation am Menschen zu verbessern. Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe bereits einen Beitrag zu den Bemühungen geleistet, die Sicherheit gegenüber möglichen mit Organtransplantation verbundenen Infektionen (AIDS) zu erhöhen. KG

Freie Berufe gegen Haftungsregelung bei Dienstleistungen

DÜSSELDORF. Besondere Sorge – so der Vorsitzende des Verbandes Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen Professor Dr. med. Horst Bourmer – bereitet allen freien Berufen der Richtlinien vorschlag der EG-Kommission zur Haftungsregelung bei Dienstleistungen. Dieser Vorschlag sieht unter anderem die Umkehr der Beweislast vor: Der Angehörige des freien Berufes muß beweisen, daß er ordentlich und vertragsgemäß gearbeitet hat. Wegen des besonderen Ineinandergreifens von individuellen Bedürfnissen und Erwartungen sowie besonderen Unwägbarkeiten der Dienstleistung einerseits und der Mitarbeit des Patienten, Klienten oder Mandanten andererseits

sei im Bereich freiberuflicher Leistungen der Gegenbeweis des Nichtverschuldens besonders schwer zu führen und in den meisten Fällen unmöglich. Freiberufliche Leistungen seien nur sehr beschränkt standardisierbar. Der Arzt zum Beispiel müßte faktisch eine Garantie auf Behandlungserfolg abgeben.

Professor Bourmer weist darauf hin, daß dieser für die freien Berufe untragbare Vorschlag die Gefahr zu einer Defensivmedizin oder einer defensiven Rechtsberatung und -vertretung enthalte und sich zu Lasten des Patienten oder Mandanten auswirken würde. WZ

AOK will mehr Gerechtigkeit durch Organisationsreform

HEIDELBERG. Der Bundesverband der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) begrüßt die Vorschläge von Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt (CSU), bei der für diese Legislaturperiode vorgesehenen Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung mehr Gerechtigkeit unter den Versicherten zu schaffen. Das erklärte Dr. Detlef Balzer, Vorstandsvorsitzender des AOK-Bundesverbandes, auf der Vertreterversammlung in Heidelberg. Auch den Vorschlag der Ministerin, dazu einen regionalen Risikostrukturausgleich unter den Kassen einzuführen, bezeichnete die AOK als richtiges Modell für Wettbewerbsgleichheit unter den Kassen. Diese Wettbewerbsgleichheit schaffe erst die Voraussetzungen für mehr Kassenwahlfreiheit der Versicherten. Angesichts der strukturellen Veränderungen in der ehemaligen DDR sprach sich die AOK dafür aus, bis zum Wirksamwerden der Organisationsreform in den neuen Ländern den derzeit dort geltenden einheitlichen Krankenkassenbeitragsatz beizubehalten. WZ

Deutsches Treffen der „Europäischen Medizinstudenten“

WÜRZBURG. Zu ihrem ersten Treffen haben sich nach eigenen Angaben die deutschen Vertreter der European Medical Students' Association (EMSA) in Würzburg getroffen. Zwei Tage lang arbeiteten rund 60 Medizinstudenten aus verschiedenen Universitäten – von Rostock bis München – an Plänen und Konzepten für die Umsetzung der Ziele der EMSA an den deutschen Fakultäten.

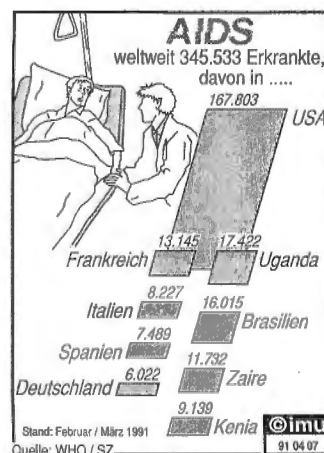
Gegründet wurde die EMSA 1990 in Leuven/Belgien von Studenten aus zehn Ländern mit dem Ziel, als Vertretung der europäischen Medizinstudenten in den Gremien der EG mitzuarbeiten, die sich mit der Mediziner Ausbildung befassen. Daneben hat sich die EMSA aber auch die Ausarbeitung neuer und die Unterstützung bereits bestehender Austauschprogramme (zum Beispiel Erasmus, Tempus) zur Aufgabe gemacht. In Arbeitskreisen diskutierten die Medizinstuden-

ten verschiedene Problembe-
reiche. So ist von ihnen ein
Leitfaden für den Einstieg ei-
ner medizinischen Fakultät in
das Erasmus-Programm erar-
beitet worden. WZ

Hasselfeldt fordert mehr Rücksicht auf Nichtraucher

BONN. Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt (CSU) hat aus Anlaß des Welt-Nichtrauchertages mehr Schutz für Nichtraucher in der Öffentlichkeit gefordert. An die Raucher appellierte sie, mehr Rücksicht auf ihre Familie, Freunde und Kollegen zu nehmen. Rauchen gefährde nicht nur die eigene Gesundheit, sondern auch die der Mitmenschen. Besondere Warnung, so Frau Hasselfeldt, müsse von den jährlich 90 000 durch das Rauchen bedingten Todesfällen ausgehen. Ziel des diesjährigen Nichtrauchertages der Weltgesundheitsorganisation ist ein allgemeines Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen und Verkehrsmitteln. apf

Ausland



Die Zahl der AIDS-Kranken steigt weiter an. Bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden im März 1991 gegenüber dem Vormonat mehr als 11 000 neue Fälle gemeldet. Allein in der Bundesrepublik lag die Zunahme binnen eines Monats bei 410 (sieben Prozent)

Papst vergleicht Abtreibung mit Nazi-Völkermord

RADOM. Bei seinem Besuch in Polen hat Papst Johannes Paul II. den Schwangerschaftsabbruch mit dem Völkermord durch die Nationalsozialisten verglichen. „Der Friedhof menschlicher Grausamkeit unseres Jahrhunderts muß durch einen neuen Friedhof ungeborener Kinder erweitert werden“, sagte der Papst bei einer Messe in Radom. Vor mehreren hunderttausend Gläubigen prangerte das Kirchenoberhaupt sämtliche Gruppen und gesetzgebende Körperschaften an, die menschliches Leben vor der Geburt „legal“ töten ließen. Mit diesen Äußerungen übte der Papst seine bislang wohl schwerste Kritik am Schwangerschaftsabbruch. apf